

Sozialer Bereich wird immer teurer

Von unserem Redaktionsmitglied
Hans Schuppel

„Wir werden gemeinsam ein hartes Brot essen müssen“: Oberbürgermeister Dieter Gummer brachte in der öffentlichen Sitzung am Mittwoch einen Haushalt 2016 mit mittelfristiger Investitions- und Finanzplanung (2016 bis 2019) ein, der relativ stabil sei und jährlich positive Zuführungsraten erwirtschaftete, die Mittelverwendung im Vermögenshaushalt allerdings erfordere, dass Prioritäten gesetzt werden müssen: „Alle Maßnahmen, auch als zwingend erachtet, können nicht finanziert werden.“ Laut Gummer habe sich der Gesamthaushalt vom Investitions- zum Sozialhaushalt gewandelt. Dieser bewegt sich im Finanzplanungszeitraum jährlich zwischen 69 und 74 Millionen Euro.

In seinen grundsätzlichen Ausführungen kam das Stadtoberhaupt auch auf die Flüchtlingsproblematik zu sprechen. Er stellte fest, dass wegen der Asylbewerberbetreuung keine Schlechterstellung anderer Bevölkerungsgruppen erkennbar sei.

Umlagen steigen stetig

Zurück zum Haushalt: Die Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer B hatten sich laut Gummer als notwendig und richtig erwiesen. Die zu zahlenden Umlagen würden stetig steigen und im Finanzplanungszeitraum in der Summe über den Einnahmen aus der eigenen Steuerhoheit liegen. Der massive Ausbau der Betreuungsformen bei den Tageseinrichtungen und den Schulen belastete den Verwaltungshaushalt trotz gestiegener Zuweisungen erheblich. Gummer hegte seine Zweifel, ob die Nachhaltigkeitssatzung das adäquate Mittel zur Steuerung der Kommunalfinanzien sei.

Die Zuführungsraten zur Finanzierung der Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bezifferte der OB auf 5,6 Millionen Euro (2016), 2,5 Millionen Euro (2017), 3,3 Millionen Euro (2018) und 3,1 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2019. Um darüber hinaus investieren zu



In die Schulen investiert die Stadt in den kommenden vier Jahren fünf Millionen Euro. An der Pestalozzischule muss das Dach saniert werden. Die Maßnahme kostet über eine halbe Million Euro.

BILD: LENHARDT

Daten zum Haushalt und geplante Investitionen

■ **Gesamthaushalt 2016:** 73,7 Millionen Euro, davon **Verwaltungshaushalt:** 62,3 Millionen Euro und **Vermögenshaushalt:** 11,4 Millionen Euro.

■ **Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt** (Investitionsrate): 5,6 Millionen Euro. **Darlehensaufnahme:** 1,3 Millionen Euro. **Entnahme aus der Rücklage:** 2,2 Millionen Euro.

■ **Aufwendungen im Finanzplanungszeitraum 2016 bis 2019:** Allgemeine Verwaltung: 530 000 Euro, öffentliche Sicherheit und Ordnung: 1,2 Millionen Euro, Schulen: 5 Millionen Euro, Wissenschaft, Forschung: 142 000 Euro, soziale Sicherung: 2,8 Millionen Euro, Gesundheit, Sport, Erholung: 2,7 Millionen Euro. Bau-, Wohnungswesen, Verkehr: 4,8 Millionen

Euro, öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung: 3,6 Millionen Euro, wirtschaftliche Unternehmen, Grund- und Sondervermögen: 5,3 Millionen Euro. Tilgung: 5,3 Millionen Euro. Gesamtsumme: 31,5 Millionen Euro.

■ **Größere Investitionen:** 555 000 Euro Dachsanierung **Pestalozzischule** (2016), 1,2 Millionen Euro, je 100 000 Euro in 2018 und 2019 Sanierungsmaßnahmen an der **Realschule**, 195 000 Euro (2016) und 522 000 Euro (2019) Brandschutzmaßnahmen an der **Gustav-Lesemann-Schule**, 2,3 Millionen Euro (2016 bis 2019) Förderung von **Kindergärten**, insbesondere Neubau St. Josef, 200 000 Euro Planungskosten für neue **Sporthalle** im Schulzentrum, 1,9 Millionen Euro (2016 und 2017)

Hochwasserschutz- und Ökologieprojekt, jährlich 1,2 bis 1,5 Millionen Euro für Erneuerung der **Abwasserbeseitigung**, 300 000 Euro und 200 000 Euro (2017) **Fibernet**, 800 000 Euro Kapitaleinlage bei der **Hockenheim-Ring GmbH** (2017 und 2018 dann noch je 400 000 Euro), 900 000 Euro (Planungszeitraum) Sanierung der 25 Jahre alten **Stadthalle**.

■ **Einnahmen Vermögenshaushalt:** Zuweisungen und Zuschüsse für Pestalozzischule 400 000 Euro und Gustav-Lesemann-Schule 200 000 Euro, Sanierungsmittel „Schackgärten“ 200 000 Euro, Sanierungsmittel „Obere Hauptstraße Süd“ etwa 1,8 Millionen Euro, Veräußerungserlöse 2016 bis 2019 rund 3,1 Millionen Euro. hs

können, stünden Rücklagen, Zuschüsse, Beiträge und gegebenenfalls Kreditaufnahmen zur Verfügung.

Die Finanzmittel werden durch die ordentliche Tilgung (jährlich 1,3 bis 1,5 Millionen Euro) reduziert.

Das heißt: 2016 können 11,4 Millionen Euro, 2017 7,1 Millionen Euro, 2018 6,5 Millionen Euro und 2019 6,5 Millionen Euro vermögenswirksam ausgegeben werden.

Die angemeldeten Bedarfe würden jedoch das gesamte Volumen in

Höhe von 31,5 Millionen Euro deutlich übersteigen. Es sei die gemeinsame Absicht, bestmögliche Voraussetzungen zur Betreuung der Kinder, zum Lernerfolg der Schüler, für den wirtschaftlichen Erfolg der Gewerbetreibenden, zur Betreuung der Se-

nieren und zur Entwicklung der Stadt insgesamt zu schaffen. In dem aufgezeigten finanziellen Rahmen seien diese Möglichkeiten jedoch begrenzt, betonte Gummer. Da sich die Kreditaufnahmen im Rahmen der ordentlichen Tilgung bewegen, bleibt der Schuldenstand bei 21,7 bis 21,5 Millionen Euro konstant.

Gummer kam auch auf die mögliche Ausgliederung von Betrieben oder Betriebsteilen der Stadt zu sprechen. Er steht dem kritisch gegenüber und gab zu bedenken: „Ob ausgelagert wird oder nicht, Schulden der Stadt, insgesamt des Konzerns Stadt, sind es auf jeden Fall.“

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke sei ausgeglichen. Der Erfolgsplan belaufe sich auf 28,9 Millionen, der Vermögensplan auf 12,1 Million Euro. Die Investitionsausgaben erfordern eine Darlehensaufnahme von 9,5 Millionen Euro.

Abschließend bat Gummer den Gemeinderat um eine sachgemäße und ergebnisorientierte Diskussion, Abwägung des Für und Wider und Respekt vor anderen Einschätzungen.

CDU: Beschluss nicht umgesetzt

Stellungnahmen des Gemeinderats nach der Haushaltseinbringung der Verwaltung sind nicht üblich. Die Stunde der Fraktion schlägt gewöhnlich bei der Verabschiedung. Dennoch meldete sich CDU-Fraktionsvorsitzender Markus Fuchs zu Wort. Er konnte sich nicht daran erinnern, dass eine Verwaltung einen einstimmigen Beschluss (inklusive Verwaltungschef) nicht haushaltstechnisch umsetzt: „Wir haben massiv die Steuern erhöht, um endlich Geld für die notwendige Schulentwicklung zu haben. Im vorliegenden Entwurf ist die bereits beschlossene Turnhalle, die die Voraussetzung zur Einrichtung einer Ganztagesgrundschule ist, nicht enthalten. Für unsere Fraktion kann ich sagen, dass wir keinem Haushalt zustimmen werden, in dem nicht die versprochene und beschlossene Schulentwicklung stattfinden wird.“

► **Ganztageschule ist eine...**